Zukünftige Aufgaben der schweiz. Wirtschaftspolitik

Autor(en): **Laur, E.**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Wissen und Leben**

Band (Jahr): **19 (1917)**

PDF erstellt am: **24.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-751066

Nutzungsbedingungen

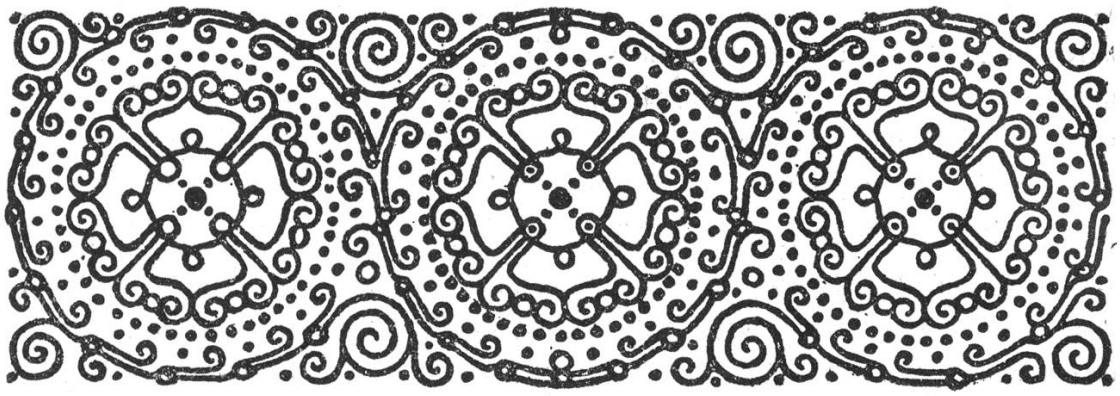
Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch



ZUKÜNFTIGE AUFGABEN DER SCHWEIZER. WIRTSCHAFTSPOLITIK

Der Krieg scheint sich allmählich dem Ende zu nähern. Damit drängen sich aber auch die großen wirtschaftlichen und politischen Probleme auf, die diese gewaltige Erschütterung der internationalen Beziehungen hervorgerufen hat. Die menschliche Gesellschaft wird nach dem Kriege nicht mehr dieselbe sein, die sie vorher war. Es ist verständlich, dass alle Träumer, Phantasten und Utopisten heute in fiebernder Erregung und Erwartung sind. Sie hoffen, ihre Stunde sei jetzt gekommen. Allen voran steht die Sozialdemokratie, die glaubt, dass der Krieg durch die Revolution abgelöst werde. Selbst bei uns in der Schweiz wird von vielen Sozialdemokraten der Hoffnung auf einen *revolutionären Umsturz* unverhohlen Ausdruck gegeben. Ja, die Arbeiter werden in den Städten hierauf systematisch vorbereitet. Jedenfalls lassen sich manche betrübende Ereignisse der letzten Zeit nur als Vorübungen auf eine kommende Revolution deuten, und doch liegt darin ein vollständiges Verkennen der Lage und der Kräfteverhältnisse unseres Landes.

Ein tiefgreifender Einfluss auf unsere öffentliche und wirtschaftliche Organisation durch gewalttätiges Vorgehen ist bei uns wohl ausgeschlossen. Gewiss ist es denkbar, dass eine irregeleitete Arbeitermasse in unseren Städten einige Tage Gewaltherrschaft ausüben kann. Gewiss besteht die Gefahr großer Sachbeschädigungen und auch des Blutvergießens, aber von Dauer werden solche

Erfolge nicht sein, solange in der Schweiz ein Bauernstand besteht, und dieser dem revolutionären Vorgehen abgeneigt ist. Wenn einst die französische Revolution siegreich war und ihre Wirkungen und Erfolge so lange andauern konnten, so hatte sie dies dem Umstande zu verdanken, dass der befreite Bauernstand mit ihr einig ging, und dass dieser fürchtete, die Reaktion könne ihm das Land und die Rechte, die er sich angeeignet hatte, wieder nehmen. Auch die russische Revolution kann sich nur deshalb halten, weil der russische Bauernstand hofft, nunmehr den brennenden Landhunger am Herrenbesitz befriedigen zu können. Auch für Italien bildet die Revolution eine Gefahr, weil ein großer Teil des Bauernstandes mehr mit Landbenutzung bezahlte Arbeiter als Eigentümer sind und diese von der Revolution die Lösung der Bodenfrage erwarten. Bei uns fehlt aber jedes Interesse der Bauern an der sozialen Revolution. Diese wissen zu gut, dass sie selbst das erste Opfer der städtischen Arbeiterherrschaft wären. Gewalttätige Versuche werden deshalb bei uns sehr bald die Reaktion hervorrufen und statt die soziale Entwicklung zu fördern, sie erschweren und verhindern. Wir alle, die überzeugt sind, dass auch unsere heutigen wirtschaftlichen Zustände sich den neuen Verhältnissen anpassen müssen und dass viele Begehren der Arbeiterschaft Gehör verdienen, müssen wünschen, dass die ruhige und natürliche Entwicklung, an welcher wir gerne mitarbeiten, nicht durch revolutionäre Versuche gestört werde.

Trotzdem die Schweiz vom Kriege verschont blieb, hat dieser auch unserem Lande schwere Wunden geschlagen. Wir haben eine *Schuldenlast des Bundes* bekommen, die wohl eine Milliarde Franken übersteigt. Doch ist das nicht das Schlimmste, denn der Schuld steht ein erheblicher Zuwachs des volkswirtschaftlichen Vermögens der Schweiz gegenüber. Viele Industrien und kommerziellen Unternehmungen sind durch den Krieg gestärkt worden. Auch die Landwirtschaft hat sich vielfach erholen können, und die Arbeiter sind im allgemeinen nicht ärmer geworden. In manchen Gegenden hätten sie Gelegenheit gehabt, von den höheren Löhnen der Kriegszeit trotz der Verteuerung der Lebensmittel mehr zurückzulegen, als dies in der Friedenszeit möglich war. Wenn das Schweizervolk es will, wird diese Milliarde Schuld rasch getilgt sein, und nachher werden die neuen Finanzquellen, die zur Schulden-

tilgung geschaffen werden, für neue Aufgaben des Staates frei, so dass schließlich hier aus dem Unglück dauernder Segen sprießen kann.

Viel schlimmer als diese wirtschaftlichen scheinen mir die *moralischen und ethischen Schäden* der Kriegszeit zu sein. Der Krieg hat unserem Volke wieder mehr zum Bewusstsein gebracht, dass wir aus *verschiedenen Volksstämmen* zusammengesetzt sind mit besonderer Eigenart, verschiedener Psyche und ungleich gerichteten Sympathien. Gegenüber dem, was uns eint und verbindet, ist vielfach das Trennende in den Vordergrund getreten. Die künftigen Maßnahmen unseres Landes auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete werden mit dieser Geistesrichtung rechnen müssen, wenn wir auch hoffen dürfen, dass es einer vorsichtigen und gerechten Politik gelingen wird, diese Schwierigkeiten zu überwinden.

Auch der *Gegensatz zwischen Stadt und Land* hat sich in der Kriegszeit verstärkt. Die städtische Bevölkerung glaubt, die Bauern hätten in ungebührlicher Weise die Kriegssituation ausgenützt und auf ihre Rechnung Riesengewinne gemacht. Wir bestreiten nicht, dass die Landwirtschaft während des Krieges relativ gute Zeiten gehabt hat, von Riesengewinnen ist aber keine Rede. Ein großer Teil der höheren Einnahmen ist durch vermehrte Produktionskosten ausgeglichen worden. Das schweizerische Bauernsekretariat lässt in etwa dreihundert landwirtschaftlichen Betrieben der Schweiz Buchhaltung führen. Wenn wir für das im Betriebe liegende Kapital nur 4 % rechnen, so entfiel im Mittel der Jahre 1906—13 durchschnittlich pro Männerarbeitstag ein Verdienst des Unternehmers und seiner Familie von rund 3 Fr. In den drei Kriegsjahren 1914—16 betrug dieser Verdienst Fr. 5.40. Daraus musste der Landwirt alles bezahlen, was er an Lebensmitteln und dergleichen vom Gute bezogen hat. Der reiche Erntesegen des Jahres 1917 wird voraussichtlich das Ergebnis noch etwas verbessern, aber gemessen an dem in Handel und Industrie üblichen Verdienst und Gewinn bleibt dieses Einkommen ein bescheidenes.

Die städtische Bevölkerung sieht nur die höheren Preise, sie denkt nicht an die höheren Kosten, an die geringeren Erträge infolge fehlenden Kunstdüngers und Kraftfutters, und so kommt sie zu einer unrichtigen Beurteilung der Situation. Man vergisst auch, dass in den letzten fünfzig Jahren unermessliche Reichtümer in die Städte geflossen sind, dass dort Vermögen entstunden, die früher

unbekannt waren, während der Bauer gleichzeitig sich nur mühsam durchbringen konnte und erst in den letzten Jahren wieder etwas bessere Zeiten hatte. Der Städter denkt auch nicht daran, wie manche Gegenden landwirtschaftlich zurückgegangen sind. Ich erinnere nur an das Schicksal und die Sorgen unserer Weinbauern. Wie viele Familien, die ihr Vermögen in den Rebbergen an den Gestaden des Genfersees festgelegt hatten, sind im Laufe der Jahre im Wohlstande zurückgekommen und haben die frühere sichere Grundlage ökonomischer Wohlfahrt verloren. Der Städter sieht nur, dass jetzt im Kriege der Bauer Ersparnisse macht. Man kritisiert das vielfach viel schärfer als die Millionengewinne einzelner Fabriken und Händler.

Wir geben uns in der Landwirtschaft keinen Illusionen hin. Wir wissen, dass wir alles, was der Bauer in harter Arbeit und Anstrengung in dieser Kriegszeit für das Schweizervolk geleistet hat, wenig gewürdigt wird und unserem Berufsstande viele Sympathien verloren gingen. So wird die Zukunft mit einem verschärften Gegensatz zwischen Stadt und Land zu rechnen haben. Dieser Konflikt wird noch vergrößert durch die Erregung der städtischen Lohnarbeiter. Schon vor dem Kriege hat die sozialdemokratische Bewegung immer mehr ihre Spitze gegen den Bauernstand gerichtet. In der sozialdemokratischen Presse wurde meist gegen die Bauernpolitik eine viel schärfere Sprache geführt als gegen das Kapital. Jedenfalls sind in jenen Kreisen die Bauernführer mehr verhasst als irgendein kapitalistischer Vertreter. Die Leute übersehen oder sie wollen es nicht wissen, dass in der Schweiz fast ausschließlich Bauern den Boden besitzen, die vor allem aus ihrer Handarbeit leben und denen die bessern Produktenpreise in erster Linie den Arbeitslohn und viel weniger eine Kapitalrente erhöhen. Es ist derjenige Teil unseres Volkes, in welchem allgemein weniger verbraucht als produziert wird, und dessen ganze Lebenshaltung oft einfacher ist als die des städtischen Taglöhners. So erscheint dieser Hass der städtischen Sozialdemokratie gegen den Bauer als unbegreiflich. Leider besteht keine Hoffnung, dass eine bessere Einsicht einkehren wird. Wir müssen vielmehr damit rechnen, dass diese Gegensätze sich eher noch vertiefen.

Die Kriegserfahrungen haben uns den Beweis gebracht, dass die *Selbständigkeit und Unabhängigkeit des Schweizervolkes*, auf

die wir so stolz gewesen sind, auf tönernen Füßen ruht. Ihnen fehlt die genügende wirtschaftliche Unterlage. Um dem Volke Brot und der Industrie und dem Verkehr Kohle und andere Rohstoffe zu verschaffen, mussten wir uns vom Auslande Vieles gefallen lassen, zu Vielem schweigen und Manchem zustimmen, von dem wir nie glaubten, dass wir es uns einst bieten lassen müssen. Die Rolle der schweizerischen Unterhändler, die in wirtschaftlichen Fragen mit dem Auslande verhandeln mussten, war leider sehr oft nichts weniger als heroisch, und es wurde ihnen gar oft deutlich zum Bewusstsein gebracht, dass wir ein kleines Volk sind, dessen Wünsche man freundschaftlich anhört, dem man entgegenkommt, soweit man es für gut findet, dem man aber das Recht, zu fordern und Bedingungen zu stellen, gar oft verweigert. Beneidenswert ist in solchen Zeiten ein Land und ein Volk, das sich wirtschaftlich selbst genügt. Wie herrlich wäre es gewesen, wenn wir vom Auslande nichts notwendig gehabt hätten, wenn weder die Rücksicht auf Brot, noch auf Kohle, noch auf andere Rohstoffe unser Verhalten hätte beeinflussen müssen und wir nur pochend auf unsere Neutralität und unsere Unabhängigkeit uns an der Linderung der Kriegswunden unserer Nachbarn hätten betätigen dürfen. Die industrielle und kommerzielle Entwicklung unseres Landes hat uns schon längst in einem Maße mit den andern Völkern verknüpft und verbunden, dass wir nicht mehr allein stehen und gehen können, und leider wird auch in Zukunft trotz der Kriegserfahrungen es nicht möglich sein, dieses Verhältnis durchgreifend zu ändern. Wir bleiben ein Land, welches auf den Bezug von Getreide, Kohle und vielen Rohstoffen aus andern Gebieten angewiesen bleibt.

Aber diese Erkenntnis soll uns nicht daran hindern, mindestens in den Grenzen des Erreichbaren am *Ausbau unserer wirtschaftlichen Selbständigkeit* zu arbeiten. Wir sollen die uns zur Verfügung stehenden Kräfte und Stoffe nach Möglichkeit fruchtbar machen und vor allem unseren Boden zu Höchsterträgen führen. Wir sollen unsere Wasserkräfte in den Dienst unserer Industrie und des Verkehrs stellen, von der Überlegung ausgehend, dass jede Pferdekraft wieder entsprechend Kohle erspart und einen Baustein für unsere wirtschaftliche Freiheit bedeutet. Auch den Mineralschätzen unseres Landes dürften wir vermehrte Beachtung schenken. Das größte Glück wäre uns nach dieser Richtung beschieden, wenn

die Grabungen nach Kohle, die neuerdings in großzügiger Weise eingeleitet worden sind, von einem praktischen Erfolg begleitet wären.

Aber alle diese Maßnahmen werden voraussichtlich doch nur eine beschränkte Wirkung haben. Wenn das schweizerische Wirtschaftsleben wieder den gleichen aufsteigenden Weg einschlagen soll wie vor dem Kriege, so wird dies nur mit zunehmendem Exporte möglich sein. Das bedeutet jedoch auch gleichzeitig eine *vermehrte Industrialisierung* unseres Landes. Diese ist aber, ich wage es hier offen auszusprechen, *eine Gefahr für unsere Zukunft,* und sie kann leicht zur inneren Zersetzung und zum Niedergang des Schweizervolkes führen.

Unser Land ist an der Grenze der Tragfähigkeit für die industrielle Entwicklung und den Export angekommen. Gehen wir in dieser Richtung weiter, vermehrt sich die Exportindustrie immer mehr, so wächst damit nicht nur unsere Abhängigkeit vom Auslande, sondern auch die sozialen Gegensätze werden verstärkt. Die Industrialisierung unseres Landes bedeutet die Zunahme des Proletariates, die politische Herrschaft des Sozialismus, die Abnahme der Arbeitsfreude und damit den Rückgang der Produktivität der Arbeit. Sie bedeutet auch eine Verminderung der physischen, geistigen und moralischen Gesundheit und damit der Leistungsfähigkeit unseres Volkes. Sie wird auch unabwendbar eine Vermehrung der Landesfremden und eine wirtschaftliche und geistige Überfremdung unseres Volkes nach sich ziehen.

Schon heute machen sich die ersten *Anzeichen des Alterns unseres Volkes* geltend. Es scheint, dass wir den Zenith unserer Entwicklung überschritten haben. In dem Maße, als die Landbevölkerung relativ zurückgeht und die Blutauffrischung der Stadt durch das Land schwächer wird, in dem Maße mehren sich auch die Zeichen des Verfalles. Im letzten Jahrhundert war die Schweiz noch das Land des Mittelstandes. Aus diesem Milieu sind die besten Qualitäten unseres Volkes herausgewachsen: die Einfachheit, die Nüchternheit, die Arbeitsfreude, die Sparsamkeit und die Ehrlichkeit. In den letzten Jahrzehnten hat die kapitalistische Entwicklung nicht nur unsere wirtschaftlichen Verhältnisse, sondern auch das Wesen unseres Volkes tiefgreifend verändert. Wenn wir die Jagd nach Geld und Gewinn, Verdienst, Einkommen und Genuss in gleicher Weise fortsetzen, so wird das unfehlbar den Untergang

der Eigenart und der inneren Werte unseres Volkes bedeuten. Aus dieser Erkenntnis und Überzeugung ist mein Leitziel für die künftige wirtschaftliche Politik der Schweiz erwachsen, das lautet: *Erhaltung und Kräftigung des Bauernstandes als Quelle der Volkskraft, Stärkung der für das Inland arbeitenden Gewerbe und Industrien, Verzicht auf weitere Ausdehnung der Exportindustrie und deren Konzentration auf die Zweige, welche die Arbeiter und Angestellten am besten bezahlen können.* Die Verwirklichung einer solchen Politik würde zwar einerseits eine Zunahme der Abwanderung unseres Bevölkerungsüberschusses bedeuten müssen, gleichzeitig aber auch die Zuwanderung der Landesfremden einschränken. Sie setzt eine Wirtschafts- und Zollpolitik voraus, welche vor allem die Ausnützung der inländischen Stoffe und Kräfte ermöglicht und die einheimische Arbeit vor ausländischer Konkurrenz schützt.

Nach dem Kriege wird eine der ersten und wichtigsten Aufgaben unserer Behörden in der *Erneuerung der Handels- und Zollverträge* bestehen. Noch liegen selbst die ersten Voraussetzungen im Dunkeln. Wir wissen nicht, ob vielleicht uns zwei Mächtegruppen mit besonderer Meistbegünstigung gegenüberstehen werden. Wir hoffen, dass dies nicht der Fall sein möge, würde dies doch eine Fortsetzung des politischen Krieges als Wirtschaftskrieg bedeuten. Für die neutralen Staaten und ganz besonders für die Schweiz wäre die Entstehung von zwei so getrennten Wirtschaftsgebieten eine gewaltige Gefahr. Sie würde eine ständige Kontrolle unseres Wirtschaftsverkehrs und unserer Geschäfte nach sich ziehen. Alle die hässlichen Erscheinungen der Kriegszeit, die Denunziationen und die Spionage und dergleichen würden weiterleben und sie würde sicher auch zur Quelle inneren Zwistes werden und auf die Dauer unerträgliche Verhältnisse schaffen. Wir müssen derartige Zustände mit allen Mitteln bekämpfen. Lieber weniger Export als eine wirtschaftliche Entwicklung, die von der Gnade und Kontrolle des Auslandes abhängt.

Es kann kein Zweifel bestehen, dass die Schweiz nach dem Kriege gezwungen ist, ihre *Zölle* zu erhöhen. Schon die Bedürfnisse des Fiskus nötigen dazu. Die gewaltige Entwertung des Geldes oder die höheren Preise haben zur Folge, dass die Beibehaltung der Ansätze des alten Tarifes eine wesentliche Ermäßi-

gung des Zollschutzes bedeuten würde. Wenn die Eidgenossenschaft die höheren Gehälter für ihre Beamten und die größeren Kosten ihrer Verwaltung und Volkswirtschaftspflege überhaupt soll bestreiten können, wird sie, ganz abgesehen von der Schuldenlast, den Zolltarif erhöhen müssen. Dazu kommen aber noch wichtige wirtschaftliche Erwägungen. Ich sehe voraus, dass das deutsche Reich gewaltige Anstrengungen machen wird, um den schweizerischen Markt zu erobern. Die ganze Organisation und Tatkraft der Kriegszeit wird sich im Frieden auf die Gewinnung des Exportes konzentrieren. Das deutsche Volk wird Entbehrungen und selbst niedrigere Löhne nicht scheuen, um konkurrenzfähig zu bleiben. Ein großer Teil der früheren Abnehmer deutscher Ware wird wohl noch auf lange hinaus die deutschen Fabrikate ablehnen. Um so stärker wird die Konkurrenz im schweizerischen Absatzgebiete werden, das vom deutschen Exporteur seit jeher besonders geschätzt gewesen ist. Wird die *schweizerische Industrie und das Gewerbe* vom Staate nicht geschützt, so werden sie von der deutschen Konkurrenz verdrängt werden. Die Folge wird sein, dass sich diese Kräfte immer mehr der Exportindustrie zuwenden, unser Wirtschaftsleben immer einseitiger auf den ausländischen Absatz eingestellt wird und dadurch uns vermehrte Gefahr, Nachteile und Risiken erwachsen. Es ist Pflicht einer weitblickenden Staatspolitik, dies durch den Zollschutz zu verhindern, ein Zollschutz, der sich selbstverständlich nicht nur gegen ein Land richten darf, sondern von der *wirtschaftlichen Neutralität* ausgeht und möglichste Gleichbehandlung aller Staaten anstrebt.

Wenn aber Industrie und Gewerbe geschützt werden sollen, so wird man auch der *Landwirtschaft* den gleich berechtigten Anspruch nicht verweigern können. Namentlich sind es gewisse Spezialzweige, die besonders schutzbedürftig sind. Ich nenne vor allem den Weinbau. Es ist zu befürchten, dass, wenn einst die Rückschläge der Kriegszeit kommen, der Luxuskonsum und damit auch der Weinverbrauch eine starke Einschränkung erfahren wird. Wir müssen deshalb damit rechnen, dass in guten Erntejahren der Wein im Auslande wieder sehr billig verkauft werden wird. Eine solche Konkurrenz vermöchten unsere Weinbaugebiete nicht zu ertragen. Es ist ein Gebot der Selbsterhaltung, dass wir den Weinbau davor schützen. Auch die Rindviehmast wird sich neben der Milchproduktion bei uns nur auszudehnen vermögen, wenn man ihr einen gewissen Schutz bewilligt. Beim Getreide dürften uns andere Wege als der Schutzzoll zum Ziele führen.

BRUGG E. LAUR

(Schluss folgt.)